

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Postzuschlag monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Reichszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zufsätze werden die 6spaltigen Portraits mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 29.

Dresden, Freitag den 5. Februar 1909.

20. Jahrg.

Gegen die Byzantiner.

Das vielerörterte persönliche Regiment wäre ein Nichts, wenn nicht der geistliche Byzantinismus weite Kreise der bürgerlichen Gesellschaft ergriffen hätte. Die Unschmelzbarkeit und Unverletzlichkeit der Mächtigen, die Streberel nach der Günst derer, die Tellen und Ehren zu vergeben haben, ist das allercharakteristischste Kennzeichen unserer bürgerlichen Klasse. Überall fordert diese schändliche Beute ihre Opfer: in den Parlamenten, in den Versammlungen, bei militärischen und bei zivilen Festveranstaltungen, den Schulen und in den Kirchen. Ja, keineswegs im mindesten nahe auch in den Kirchen, wo doch das Wort der Demut und Scheidenheit und Aufschlichtigkeit vorherrschen sollte.

Da ist es wohl wert, verzeichnet zu werden, wenn auch nur ein Geisteser von Empörung über dieses felle Treiben erschrickt. In der Zeitschrift „Die kirchliche Gegenwart“ bespricht der Pastor Orthen, der in der Provinz Hannover amtiert, die Frage des sog. „persönlichen Regiments“ und dabei langt er zu mancher recht treffenden Bemerkung über die byzantinerei. Er sagt u. a.:

„Für einen hohen Gedanken kann ich mich totschlagen lassen, wenn er einen hohen Menschen nicht. Wir müssen uns zunächst darauf besinnen, ob wir den Wert und die Bedeutung von Fürsten und deren nicht immer noch zu hoch einschätzen. Als ob sie einer gewissen Stufe zwischen Gott und den Menschen angehörten! Als ob die Untertänigkeit wie ein selbstverständliches Erfordernis ihnen dargebracht werden müßte! Es ist wirklich ein im höchsten Sinne eine Lebensfrage, ob es nicht besser wäre, unsere Obrigkeit auch richtig einschätzen... Wenn die Kultur- und Kirchengeschichte unserer Tage später einmal geschrieben werden wird, wenn die kirchlichen Byzantiner einmal richtig zusammengefaßt werden, dann wird man nur eine Parallele finden: im östlichen wehrhaften Kaiserthum. Wieviel Kopfschütteln erregen ferner oft die häßlichen kirchlichen Fürbitten und Dankungen für fürstliche Persönlichkeiten, die der Weltgeschichte kaum den Namen nach bekannt sind! Sind das die Anzeichen einer kirchlichen Reform, wenn der simple Christ der Kirche nicht hören will, welche Fürsichtigkeit einmal wieder die Hoffnungen erregt ist!“

„Mit der Schule ist's auch schlimmer. Hier ist der Gesichtspunkt der Lummelplatz als ungeschicklicher Trümmern. Subpatritismus und Arianismus, Devotion und Personenkultus da beisteht. Doch nur ja keine von den vielen Selbsteigenschaften, aus denen den weitgehenden Ereignissen, keiner von den vielen Umständen den Gedächtnis der Nachwelt verloren geht.“

... Und endlich die weite Oeffentlichkeit. Wie diese haben wir über den Kurapatritismus, über die superbiales Neben, über die Feste und Feiern, über die allmöglichen Gelegenheiten, über die Denkmalsuche, den besessenen Ehrgeiz und geschwundene Sparsamkeit? Ist das nicht auch ein Fremdenherrschaft, wenn und Leute regieren, mit denen man sich nicht mehr versteht? ... Der Religion und Hochachtung gehören nicht zusammen, sondern die kirchliche Religion hier gefastet als in Byzanz, gerade damals, als man dort die glänzendsten Kirchen baute.“

„Das Volk ist krank, da liegt ja gerade der Schaden. Das ist die Feste gefeiert und harschereibende Spalliers gebildet, das Volk hat es in seiner Stellung lesen wollen, wieweil diese die Herrschenden bei jeder Jagd gefesselt haben. Das Volk macht die Gelehrte, die liberal auslesen und immer wieder neue Schrauben den alten ansetzen. Und die, die Lehrer und Vorarbeiter des Volkes in seinen, haben geschwiegen oder mitgemacht. Wer aber den und auftrat, ward politisch geächtet von den Freien und Frommen, die sich das Volk so gern nennt.“

„Das Volk“, von dem der Geistliche spricht, das ist allerdings nur das „gutgefütterte“ Bürgerthum, dessen Angehörige einerseits zu übertrumpfen suchen durch Anbiederung „nach unten“, um Geschenke zu machen oder Vorteile irgendwelcher Art zu erlangen. Pastor Orthen sagt zum Schluss seiner Darlegungen:

„Deshalb heißt es aufpassen für die, die frei und ungehindert Meinung sagen können. Lassen müssen wir vieles, jahrelang keine byzantinischen Feste feiern sollte! Das ist wirklich zu viel, viel zu viel verlangt von unseren „Patrioten“, leidet es schließlich man sich eher dazu, den Geistlichen, der so reiche Zumutungen stellt, ein wenig in die Daumenschrauben des kleinen Disziplinerverfahrens zu legen.“

Siebgotts Buchtag an Wilm.

Seine Majestät hat uns, sagt das W. Z., die Nr. 27 des Xorauer Kreisblattes. Es wird dort berichtet, daß es den Xorauer tätigen Lehrer Siebgott, als er von dem Ausgang der Reichstagsunterredung am 17. November erfuhr, „gebrängt“ habe, sich an den Reichstagsler mit einem Glückwunsch zu wenden, und so laube er denn am Montag an den Fürsten Bülow den nachfolgenden, vom Kreisblattchen im Wortlaut mitgetheilten Schreibe:

„Geben kirchlichste aus dem heiligen Gottesdienst möchte ich aufjubeln über die glückliche Wendung, welche die Unterredung Euer Fürstlichen Durchlaucht mit Seiner Kaiserlichen Majestät genommen hat. Der Jubel meines Herzens macht es mir zur Pflicht, dem Eeren Reichstagsler zu danken für das treue Ausbarren auf schwerem Pfosten. Möge Gott die Lebenswürdige Energie

Euer Fürstlichen Durchlaucht segnen, damit das deutsche Volk Gleichberechtigung mit allen Völkern zu Lande und zu Wasser erziele, ein Ziel, das nicht vom Hochmut eingekerkert wird, sondern aus dem gerechten Streben einer großen, sich immer mehr entwickelnden Nation erwächst, allerdings vorausgesetzt, daß die Erhaltung des Volkes von innen heraus gleichen Schritt hält. Diesen Buchtag zu wollen Euer Fürstliche Durchlaucht gnädig aufnehmen.“

Gehorsamt Liebgott, ord. Lehrer.“

Der Siebgott dürfte natürlich auf seine höchst geistvolle Apostrophierung nicht ohne Antwort bleiben. Das Kreisblatt berichtet weiter:

„Trotz der großen Ueberbärtung, die ihm bekanntlich bereits die Verwaltung seines Amtes auferlegt, ist auch dieses Schreiben von unserem Reichstagsler gelesen worden, und seine bereits sprichwörtlich gewordene Liebenswürdigkeit veranlaßte den Fürsten Bülow ferner dazu, dem Verfasser des Briefes persönlich eine Antwort zukommen zu lassen. Wenige Tage nach dem Abgange des Briefes erhielt Herr Liebgott eine Postkarte mit der Photographie des Reichstagslers auf der Rückseite, während auf der Vorderseite folgende Widmung stand: „Berlin, den 21. November 1908. Für freundliche Begrüßung herzlichen Dank.“ Wilm.“

Das Xor. Kreisbl. bezieht sich aber nicht in solcher Postkarte „ein schönes Zeugnis von unserem Reichstagslers hohem Pflichtgefühl und großer Liebenswürdigkeit“ zu erblicken, sondern es glaubt auch „annehmen zu können, daß sich unser Reichstagsler auch mit den Misslingen für unsere Reichspolitiker einverstanden erklären wollte, die in dem Schreiben des Herrn Siebgott zum Ausdruck kamen.“

Die glücklichen Vorgänge! Das ist auch schon ein Mann in ihrer Mitte haben! Und doch ein Kreisblatt besitzen! Und der glückliche Reichstagsler, dem die Däbe der Volksgenossen demnach schon bei Begehren ein untergünstig Denkmahl sehen wird! Und nicht zuletzt der glückliche Liebgott, der also seinem Namen Ehre und sich zum Sprecher des deutschen Volkes gemacht hat!

Ergebnisse der Berufszählung in Preußen

In der amtlichen statistischen Korrespondenz werden endlich die Hauptzahlen der Berufszählung vom 12. Juni 1907 veröffentlicht und mit den Ergebnissen der Berufszählung 1895 verglichen. Es ergeben sich dabei für die 12 Jahre folgende besonders wichtige Verschiebungen in der Zusammenlegung der Bevölkerung.

Die Gesamtbevölkerung des Staates wurde am 12. Juni 1907 auf 37 989 893 Personen festgestellt, während sie bei der Berufszählung vom Jahre 1905 31 490 315 betragen hatte; sie hat sich also in den 12 Jahren um 6 1/2 Millionen vermehrt. Die Zahl der Erwerbstätigen im Hauptberuf betrug 15 970 745 gegen 12 020 655 im Jahre 1895; es sind dies 42,04 v. H. der Bevölkerung gegen 38,17 v. H. im Jahre 1905. Die Zahl der Angehörigen ohne Hauptberuf ist zwar von 17 412 992 auf 19 139 357 gestiegen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist aber von 55,30 auf 50,38 v. H. zurückgegangen. Dienende für häusliche Dienste sind nur 812 147 gezählt gegen 835 100 im Jahre 1895; es sind dies 2,14 v. H. der Bevölkerung gegen 2,65 v. H. im Jahre 1895. Die Zahl der berufslosen Selbständigen ist von 1 221 598 auf 2 067 644 und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 3,88 auf 5,44 v. H. gestiegen. Die darunter befindlichen Rentner und Pensionäre haben sich um nicht weniger als 92 v. H. vermehrt, während die von Unterstützung Lebenden um 29 v. H. zurückgegangen sind. Diese Verschiebung ist zum größten Theile darauf zurückzuführen, daß infolge der Invaliden- und Unfallversicherungsgegebung zahlreiche Personen, die vor diesen Befehlen von Unterstützungen lebten, nunmehr als Rentenempfänger bezeichnet werden. Die Zunahme der Rentner entfällt aber auch zu einem nicht geringen Theile auf die von eigenem Vermögen Lebenden.

Der Anteil der Erwerbstätigen im Hauptberuf an der Gesamtbevölkerung ist, wie die nachstehenden Differenzen zeigen, stark gestiegen, während der der Angehörigen ohne Hauptberuf nahezu in demselben Verhältnis abgenommen hat. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die Intensität der beruflichen Tätigkeit erheblich gewachsen ist. Es müssen nicht nur in der Landwirtschaft die Familienangehörigen überal stärker zur Mitarbeit herangezogen werden, sondern auch in der gewerblichen Tätigkeit werden die Arbeitskräfte vieler Familienmitglieder in neuerer Zeit ganz anders ausgenutzt als früher. Man denke nur an die Steigerung der Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts. Beachtenswert ist ferner der nicht nur relative, sondern auch absolute Rückgang der Dienenden für häusliche Dienste (Dienstboten), der zeigt, in wie hohem Maße sich das dienende Personal anderer Erwerbstätigkeit zugewandt hat.

Glebert man die Erwerbstätigen im Hauptberuf nach den einzelnen Berufsabteilungen, so ist ihre Zahl gewachsen in der Gruppe: Landwirtschaft, Gärtnerei, Forstwirtschaft, Fischerei von 4 782 255 auf 5 876 841, in der Gruppe: Bergbau und Gittergewerbe, Industrie und Gewerbe von 4 755 855 auf 6 888 381, in der Gruppe: Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Schenkwirtschaft, von 1 355 740 auf 2 056 173 Personen. Fast man die Erwerbstätigen im Hauptberuf mit den Dienenden und den Angehörigen zusammen, so ist in der Gruppe Landwirtschaft usw. ein Rückgang von 11 375 096

auf 10 863 194, in der Gruppe Bergbau und Industrie eine Zunahme von 12 196 352 auf 16 243 664, in der Gruppe Handel und Verkehr eine Zunahme von 3 585 430 auf 5 005 116 Personen festzustellen. Seit der Zählung von 1882 hat der prozentuale Anteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft einen Rückgang von 49,55 auf 33,83 in 1907 erlitten, während in derselben Zeit Industrie und Handel zusammen genommen von 50,45 auf 66,17 v. H. gestiegen sind. Es zeigt sich eine rapid wachsende Industrialisierung Preußens.

Um die Nachlasssteuer.

Wie wir im Depeschenteil eines Teiles der Auflage bereits gesehn berichtet haben, behandelte die Finanzkommission des Reichstags am Donnerstag den Entwurf des Nachlasssteuergesetzes. Die Finanzminister fast aller Bundesstaaten waren anwesend.

Staatssekretär Schabow erklärte, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor an ihrer Vorlage als der einzigen maßvollen Lösung festhalten, da es gerecht und billig sei, neben dem Erbtrag den Besitz zu besteuern. Ein Erfolg durch Erhöhung der Matrularbeiträge sei zu vermeiden wegen der damit verbundenen hohen Gefährdung der Finanzlage der Einzelstaaten. Auch gegen die Einführung einer Vermögenssteuer bestieße das gleiche Bedenken, da hiermit die wichtigste Steuerquelle für die Einzelstaaten angegriffen werde. Abgesehen davon, sei es bei der Verschärfung der Besteuerung die Finanzen in den Einzelstaaten kaum möglich, einen einheitlichen Maßstab zu finden; auch würde hiermit bedenklich in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingegriffen.

Nach kurzen Erklärungen des Referenten und Korreferenten werden von konservativer Seite die bereits vielfach erhöhten Bedenken gegen die Nachlasssteuer geltend gemacht. Sie bedeute eine Doppelbesteuerung neben der Erbschaftsteuer. Entschieden sei die Heranziehung der Besessenen und Ehegatten zu vermeiden. Es sei nicht richtig, daß der Besitz unbedingt herangezogen werden müsse. Vielmehr seien die indirekten Steuerquellen nach längst nicht erschöpft. Gegen eine Erhöhung der Matrularbeiträge auf kurze Zeit bis zur Lösung des Sanierungsproblems durch Erhöhung anderer Steuerquellen sei nichts einzuwenden, selbst wenn dies einen Druck für die Einzelstaaten auf kurze Zeit bedeute. Die Partei sei gegen jede Nachlassbesteuerung, werde sich aber nicht von der Beratung zurückziehen.

Ein Mitglied der Reichspartei hofft auf eine Verständigung, da die Heranziehung des Besitzes nicht zu umgehen sei. Von Zentrumseite wird betont, daß an dem Grundsatz festgehalten werden müsse: die indirekten Steuern dem Reich, die direkten den Einzelstaaten. Dagegen sei gegen eine Erhöhung der Matrularbeiträge nichts einzuwenden, da es hierbei Sache der Einzelstaaten bleibe, die Last in geeigneter Weise zu verteilen. Seine Freunde seien gegen die Nachlasssteuer, welche die Familie im schlimmsten Moment treffe.

Der preussische Finanzminister Freyherd v. Rhein haben tritt gleichfalls nochmals für die Regierungsvorlage ein. Die von konservativer Seite befürwortete Einführung erhöhter Matrularbeiträge für kurze Zeit sei von der Hand zu weisen, da diese Einrichtung die Gefahr bringe, eine dauernde Einrichtung zu werden und die Finanzlage nur ungünstiger gestalte. Die meisten Einzelstaaten seien am Ende ihrer finanziellen Kräfte. Der Besitz müsse jetzt herangezogen werden. Die Einwirkung der Vorlage auf die Besessenen und Ehegatten bei ländlichem Grundbesitz sei nicht gefährlich. Hier fünfmal alles häuerlichen Besitzes bleiben von der Steuer überhaupt frei. Bei einem Vermögen von 8000 M. Steuertrag, 100000 M. Schulden und 200000 M. Rent mit 8000 M. Reinertrag, 100000 M. Schulden und 200000 M. Rent, wenn er von seinem Rechte der Renten einrichtung Gebrauch mache, eine jährliche Rente von nur 85,82 M. zur Last fallen. Der Minister verweist sodann auf die Ausführungen Professor Eberts in der konservativen Monatschrift.

Von nationalliberaler und freisinniger Seite werden die Vorgänge einer Reichsvermögenssteuer hervorgehoben. Die indirekten Steuern verdrängen keine weitere Belastung, wohl sei aber an eine Vereinfachung der Matrularbeiträge zu denken.

Ein konservatives Mitglied weist auf die Reichsverfassung hin, die die Deckung des Bedarfs ausdrücklich auf die indirekten Steuern verweist. Die Vorlage gefährde die liberale Grundanlage des Reiches.

Staatssekretär Schabow legt dar, daß die Nachlasssteuer weder gegen Artikel 85 noch gegen Artikel 70 der Reichsverfassung verstoße. Von allen Besitzsteuern sei die Nachlasssteuer die schonendste Form. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

Es ist zu beachten, daß der Staatssekretär die Nachlasssteuer nicht mehr als eine unerlässliche Bedingung für seine Finanzreform bezeichnet hat. Er hält noch daran fest, aber es ist bereits hinter den Kulissen über einen Erfolg für die Nachlasssteuer verhandelt worden. Es wird sich bald zeigen, daß die Regierung sich wieder einmal unter das konservativ-ogartische Joch bückt.

Lärmmusik und Sprachengesetz.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, am 4. Februar.

—th— Der gestrige Tag bot im österreichischen Abgeordnetenhause Szenen, wie sie eben nur in diesem Parlament in dem äußersten Grad der Rohheit, Brutalität und Thorheit möglich sind. Der Ministerpräsident Wienert brachte ein Sprachengesetz für Böhmen ein, das bei allen Unvollkommenheiten im einzelnen immerhin als der erste Versuch, diese für die österreichische Politik wichtige Materie ge-